

# Inhaltsübersicht

Erstes Kapitel:	Einführung in den Gegenstand der Untersuchung	19
A.	Problemstellung und praktische Relevanz der Verbandsklagen im Wettbewerbsrecht	21
B.	Gang, Methodik und Erkenntnisziel der Untersuchung	25
Zweites Kapitel:	Stellung der Verbandsklagen im Kollektivrechtsschutzsystem	27
A.	Jüngste Stärkung des privaten Kollektivrechtsschutzes im GWB	27
B.	Allgemeine Bedeutung und Formen des kollektiven Rechtschutzes	29
C.	Zusammenfassung	67
Drittes Kapitel:	Reichweite der Verbandsklagebefugnisse im UWG	68
A.	Kreis der Anspruchsberechtigten	68
B.	Grenzen der Verbandsklagebefugnis	79
C.	Zusammenfassung	120
Viertes Kapitel:	Umsetzung der lauterkeitsrechtlichen Grundsätze im GWB	122
A.	Anlass der Erörterung	123
B.	Kartellrechtliche Rahmenbedingungen für die teleologische Reduktion der Verbandsklagebefugnis	140
C.	Anwendung der lauterkeitsrechtlichen Grundsätze zur Verbandsklage	161
D.	Zusammenfassung	209

*Inhaltsübersicht*

Fünftes Kapitel:	Auswirkungen der unterschiedlichen Reichweiten von lauterkeits- und kartellrechtlicher Verbandsklagebefugnis	211
A.	Neues Tätigkeitsfeld für Verbände	211
B.	Divergenz im Anwendungsbereich der allgemeinen Markttörnung	221
C.	»Ross- und Reiter«-Problematik	225
D.	Vertragsverweigerungen als faktische Grenze der kartellrechtlichen Verbandsklagebefugnis	234
E.	Zusammenfassung	265
Sechstes Kapitel:	Zusammenfassung	267

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	15
Erstes Kapitel: Einführung in den Gegenstand der Untersuchung	19
A. Problemstellung und praktische Relevanz der Verbandsklagen im Wettbewerbsrecht	21
B. Gang, Methodik und Erkenntnisziel der Untersuchung	25
Zweites Kapitel: Stellung der Verbandsklagen im Kollektivrechtsschutzsystem	27
A. Jüngste Stärkung des privaten Kollektivrechtsschutzes im GWB	27
B. Allgemeine Bedeutung und Formen des kollektiven Rechtschutzes	29
I. Art der Interessenwahrnehmung	31
1. Formen der Bündelung individueller Interessen	32
2. Wahrnehmung eigenständiger überindividueller Interessen	36
3. Interessenbestimmung	38
4. Terminologie	42
II. Verbandsklagen im Wettbewerbsrecht zur Wahrnehmung kollektiver Interessen	43
1. Fehlen eines originären Verbandsschadensersatzanspruchs	45
2. Vorstöße zur Einführung eines Verbandsschadensersatzanspruchs	47
3. Bedeutung des Fehlens eines originären Verbandschadensersatzanspruchs für bestehende Klagebefugnisse	50
III. Wertungen aus Verbandsklagebefugnissen in anderen Rechtsgebieten	53
1. Weitere zivilrechtliche Verbandsklagen	55

## *Inhaltsverzeichnis*

2. Strukturelle Gemeinsamkeiten der zivilrechtlichen Verbandsklagen	59
3. Die Verbandsklage als Instrument der objektiven Rechtskontrolle?	62
a) Zur Legitimation der Verbandsklage untaugliche Interessen	62
b) Ausschluss der Interessenabstrahierung	64
C. Zusammenfassung	67
 Drittes Kapitel: Reichweite der Verbandsklagebefugnisse im UWG	68
A. Kreis der Anspruchsberechtigten	68
I. Aktivlegitimation der Verbände	70
II. Institutionelle Anforderungen an Verbände	72
1. Verbraucherverbände	72
2. Wirtschaftsverbände	74
III. Bedeutung der Lehre von der Doppelnatur für die Reichweite der Verbandsklagebefugnis	77
B. Grenzen der Verbandsklagebefugnis	79
I. Schutzzweck des UWG	82
1. Inhaltliche Ausprägung der relevanten Interessen	83
2. Abhängigkeit der Verbandsklagebefugnis von den berührten Kollektivinteressen	86
a) Wirtschaftsverbandsklagebefugnis	86
b) Verbraucherverbandsklagebefugnis	88
3. Zusammenfassung und Fazit	91
II. Teleologische Reduktion nur in bilateralen Verletzungsverhältnissen	92
III. Bestandsaufnahme zur teleologischen Reduktion von § 8 Abs. 3 UWG	94
1. Geschäftsehrverletzungen und Anschwärzungen	95
2. Unlautere Nachahmungen	98
3. Gezielte Behinderungen	105
4. Rechtsbrüche	108
5. Vergleichende Werbung	110
6. Unzumutbare Belästigungen	113
IV. Zusammenfassung der strukturellen Grundlagen	115
V. Zustimmung des Verletzten zur Rechtsverfolgung als Ausprägung seiner Dispositionsbefugnis	117
VI. Verbleibender Anwendungsbereich der Verbandsklagebefugnisse	120

C. Zusammenfassung	120
Viertes Kapitel: Umsetzung der lauterkeitsrechtlichen Grundsätze im GWB	122
A. Anlass der Erörterung	123
I. Postulat des Individualschutzes bis zur 7. GWB-Novelle	124
1. Schutzgesetzprinzip im Individualrechtsschutz	124
2. Auswirkungen des Schutzgesetzprinzips auf den Kollektivrechtsschutz	126
3. Stellungnahme	127
4. Autonomie des Kartellrechts	129
II. Paradigmenwechsel mit der 7. GWB-Novelle	133
1. Kriterium der »Betroffenheit«	133
2. Entscheidungspraxis des EuGH in Sachen <i>Courage vs. Crehan und Manfredi</i>	134
3. Rezeption durch den nationalen Gesetzgeber	136
4. Auswirkungen der Aufgabe des Schutzgesetzerfordernisses auf die Frage nach der teleologischen Reduktion der Verbandsklagebefugnis	137
III. Weitere Berührungspunkte zwischen Kartell- und Lauterkeitsrecht	138
IV. Fazit	140
B. Kartellrechtliche Rahmenbedingungen für die teleologische Reduktion der Verbandsklagebefugnis	140
I. Schutzzweck des GWB zur Bestimmung der einschlägigen Interessen	141
1. Schutz der Freiheit des Wettbewerbs	141
2. Verhältnis der Schutzzwecke von UWG und GWB	143
3. Auswirkungen der Kongruenz der Gesetzeszwecke auf die Anspruchsberechtigung	146
II. Vorliegen eines bilateralen Verletzungsverhältnisses	146
1. Einvernehmliche Verhaltensweisen	147
2. Einseitige Verhaltensweisen	149
III. Einfluss der behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung?	153
1. Verhältnis von privater und öffentlicher Rechtsdurchsetzung	154
2. Auswirkungen der öffentlichen Rechtsdurchsetzung auf den privaten Kollektivrechtsschutz	157
3. Fehlende Entsprechung im Lauterkeitsrecht	159
IV. Zusammenfassung	161

C. Anwendung der lauterkeitsrechtlichen Grundsätze zur Verbandsklage	161
I. Schutzzwecke einseitiger Verbotstatbestände	161
II. Verwirklichung der Schutzzwecke	162
1. Rolle der Interessen von mittelbar geschädigten Marktteilnehmern	163
2. Schadensersatzberechtigung mittelbar geschädigter Marktteilnehmer	164
a) Entwicklung der Reichweite der Anspruchsberichtigung nach der <i>Courage</i> -Entscheidung	164
aa) Erste Versuche der Einschränkung der Anspruchsberechtigung	165
bb) Einschränkung der Anspruchsberechtigung durch Zurechnungskriterien	168
cc) Entscheidung des BGH in Sachen <i>ORWI</i>	171
dd) Bedeutung der Schadensersatz-RL 2014/104/EU	174
b) Fazit	177
c) Bedeutung der Entwicklung der schadensersatzrechtlichen Anspruchsberechtigung für die Abwehransprüche	178
d) Zusammenfassung	183
3. Bedeutung der Dispositionsbefugnis des unmittelbar Geschädigten für die Reichweite der Anspruchsberechtigung	184
4. Bedeutung der umfassenden Individualanspruchsberechtigung für die Verbandsklagebefugnis	185
III. Abhängigkeit der Wirtschaftsverbandsklagebefugnis von den repräsentierten Mitgliederinteressen	186
1. Entscheidung des BGH in Sachen <i>Hitlisten-Platten</i>	187
2. Kritik an der <i>Hitlisten-Platten</i> -Rechtsprechung nach der 7. GWB-Novelle	189
3. Kritik an der <i>Hitlisten-Platten</i> -Rechtsprechung nach der 8. GWB-Novelle	190
4. Fazit	192
5. Abgrenzung der kartellrechtlichen von den lauterkeitsrechtlichen Grundsätzen	192
IV. Berührung von Verbraucherinteressen als Voraussetzung für § 33 Abs. 2 Nr. 2 GWB	193
1. Wertung des § 54 Abs. 2 Nr. 3 Hs. 2 GWB: Ausnahme oder Regelfall? a) Umkehrschluss	195
	197

b)	Allgemeiner Rechtsgedanke	197
c)	Stellungnahme	198
2.	Rolle des Verbraucherschutzes im Kartellrecht	200
a)	Verbraucherschutz im Rahmen einseitiger Verhaltensweisen	204
aa)	Durchsetzungsprioritäten der Kommission	204
bb)	Auffassung des EuGH zur Rolle der Verbraucher	205
cc)	Nationales Verständnis zur Rolle der Verbraucher	206
b)	Folgerung aus der Rolle der Verbraucher für die Verbraucherverbandsklagebefugnis	208
D.	Zusammenfassung	209
Fünftes Kapitel: Auswirkungen der unterschiedlichen Reichweiten von lauterkeits- und kartellrechtlicher Verbandsklagebefugnis		211
A.	Neues Tätigkeitsfeld für Verbände	211
I.	Konkurrenzverhältnis zwischen UWG und GWB	212
1.	Konkurrenzverhältnis auf Tatbestandsebene	212
2.	Konkurrenzverhältnis auf Sanktionsebene	213
a)	Entscheidung des BGH in Sachen <i>Probeabonnement</i>	214
b)	Einfluss der Erweiterung der kartellrechtlichen Verbandsklagebefugnis	216
aa)	Klarstellungsbedarf im Bereich der Sanktionskonkurrenz	216
bb)	Paradigmenwechsel im Bereich des Doppelverstoßes?	218
II.	Bedeutung des erweiterten Anwendungsbereichs der kartellrechtlichen Verbandsklagebefugnis	220
B.	Divergenz im Anwendungsbereich der allgemeinen Marktstörung	221
I.	Grundsätze der allgemeinen Marktstörung	221
II.	Beschränkte und unbeschränkte Wirtschaftsverbandsklagebefugnis	223
III.	Erfordernis gesetzgeberischen Handelns	223
C.	»Ross- und Reiter«-Problematik	225
I.	Blick auf das Kartellverwaltungsverfahren	227
II.	Lösungsvorschläge für die Wirtschaftsverbandsklagebefugnis	228

## Inhaltsverzeichnis

1. Anlehnung an das Kartellverwaltungsverfahren	228
2. Ausschluss der »Ross und Reiter«-Problematik	230
3. Vorschlag eines <i>In-camera</i> -Verfahrens	231
D. Vertragsverweigerungen als faktische Grenze der kartellrechtlichen Verbandsklagebefugnis	234
I. Differenzierung nach Vertragsabschluss und -inhalt	237
II. Konkretisierung der Konditionen	239
III. Gewährleistung der Entscheidungsfreiheit der Marktteilnehmer	241
1. Ausübung von Kontrahierungszwang durch am Vertragsschluss Unbeteiligte	243
a) Ausschluss des »Vertrages zulasten Dritter«	243
b) Kontrahierungszwang als Einwendung	245
2. Rechtsnatur des Anspruchs auf Kontrahierung	246
3. Grenzen der Ausübung von Kontrahierungszwang	248
IV. Wahrung des Bestimmtheitsgrundsatzes	252
V. Rolle und Stärkung der Verbandsklagebefugnis	255
VI. Subjektives Verfahrensantragsrecht für Verbände	257
1. Vorschläge zur Stärkung der behördlichen Kartellrechtsdurchsetzung in der Literatur	258
2. Materiell-rechtliche Konzeption des Verfahrensantragsrechts	260
3. Anregungen zur praktischen Bewältigung der privaten Inanspruchnahme der Behörden	262
E. Zusammenfassung	265
Sechstes Kapitel: Zusammenfassung	267
Literaturverzeichnis	273
Stichwortverzeichnis	297